

„Wir werden immer ärmer“: Die De-Industrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange

geschrieben von Andreas Demmig | 9. März 2024

 **DAILY CALLER NEWS FOUNDATION**

Nike Pope, Mitwirkender, 10. Februar 2024, Daily Caller News Foundation

Die Sonne geht unter, über Deutschlands einst produktiver Industriebasis, während das Land weiterhin mit einer anhaltenden Energiekrise und einer allgemeinen wirtschaftlichen Malaise zu kämpfen hat, berichtete Bloomberg News am Samstag.

Viele deutsche Fertigungs- und Industrieunternehmen versuchen, Zukunftsinvestitionen anderswo zu tätigen, indem sie Arbeitsplätze abbauen und Werke schließen, was zum großen Teil auf die höheren Energiekosten zurückzuführen ist, die durch die Einführung grüner Energie im Land verursacht werden. Laut Bloomberg News galt Deutschland einst weithin als die Wirtschaftsmacht Europas, doch der jahrelange Rückgang im verarbeitenden Gewerbe beschleunigt sich nun rapide, da hohe Energiekosten, Bürokratie und hohe Inflation den Wettbewerbsvorteil des Sektors schwächen.

Laut Bloomberg News zeichnet das verarbeitende Gewerbe in Deutschland für etwa 20 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Bundesbank weist Feststellungen zurück, dass im Land eine umfassende De-Industrialisierung stattfindet und behauptet, dass ein Rückgang der deutschen Produktion unbesorgt sei, wenn er schrittweise erfolgt – dabei singen Industriemanager eine andere Melodie.

„Trotz der Motivation unserer Mitarbeiter sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir Lkw-Reifen nicht mehr zu wettbewerbsfähigen Preisen aus Deutschland exportieren können“, sagte Maria Röttger, die Michelin-Geschäfte in Nordeuropa leitet, gegenüber Bloomberg. „Wenn Deutschland im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig exportieren kann, verliert das Land eine seiner größten Stärken.“

Ihr Unternehmen schließt bis Ende nächsten Jahres zwei seiner Fabriken in Deutschland und verkleinert sich um ein Drittel. Ihr amerikanischer Rivale Goodyear plant laut Bloomberg ähnliche Maßnahmen für zwei seiner deutschen Werke. Etwa 10 % der Unternehmen der Chemieindustrie planen einen dauerhaften Produktionsstopp.

„Wenn ich ehrlich bin, es gibt nicht viel Hoffnung“, sagte Stefan

Klebert, CEO der GEA Group AG, einem Unternehmen, das Fertigungsmaschinen liefert, gegenüber Bloomberg News. *„Ich bin wirklich unsicher, ob wir diesen Trend stoppen können. Vieles müsste sich sehr schnell ändern.“*

Der deutsche Einkaufsmanagerindex (PMI) für das verarbeitende Gewerbe vom November 2023, der „die allgemeine Geschäftslage auf der Grundlage von Auftragseingängen, Produktion, Beschäftigung, Lieferzeiten der Zulieferer und Lagerbeständen“ misst, zeigt laut S&P Global, dass die Führungskräfte die Zukunftsaussichten des Sektors sehr pessimistisch einschätzen. Zahlreiche andere Führungskräfte haben immer wieder davor gewarnt, dass die hohen gewerblichen Stromkosten in Deutschland eine Fortsetzung der Geschäftstätigkeit in Deutschland potenziell unhaltbar machen, so Politico.

„Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig“, bemerkte Bundesfinanzminister Christian Lindner bei einer Veranstaltung im Februar. „Wir werden ärmer, weil wir kein Wachstum haben. Wir fallen zurück.“ [Fettdruck durch den Übersetzer]

Das Land strebt danach, dass sein Energieangebot und seine Energienachfrage bis 2050 „Netto-Null“-Emissionen erreichen und stützt sich dabei auf Quellen wie Wind-, Solar- und Wasserstoffkraftstoffe. Die frühere Ministerpräsidentin Angela Merkel hatte 2011 beschlossen, die Kernkraftwerke des Landes endgültig abzuschalten. Trotz der Regulierungs- und Ausgabenoffensive der deutschen Regierung zur Förderung des grünen Wandels ist das Land nicht auf dem richtigen Weg, seine Klimaziele zu erreichen.



ENGLISH FRANÇAIS KONTAKT DATENSCHUTZHINWEIS



Menü | Energie und Klimaschutz +



Klimapolitik, Energiewende, Mobilität

Was tut die Bundesregierung für den Klimaschutz?

Deutschland hat beim Klimaschutz schon viel erreicht: 2020 kamen etwa 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Die Treibhausgasemissionen haben sich im Vergleich zu 1990 um 40,8 Prozent reduziert. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 steigen wir aus der Kohle aus. Wir fördern die energetische Gebäudesanierung und bringen klimafreundliche Mobilität voran. Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes verschärft die Bundesregierung die Klimschutzvorgaben. Deutschland soll bis 2045 treibhausgasneutral werden.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/bundesregierung-klimapolitik-1637146>

Die dürftigen Konjunkturaussichten und die Energiekrise erschüttern auch die deutsche Politik. Laut von Politico zusammengestellten Umfragedaten hat die Alternative für Deutschland (AfD), die führende rechte Oppositionspartei des Landes, ihre Popularität seit Beginn der

russischen Invasion in der Ukraine mehr als verdoppelt.

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2024/02/10/deindustrialization-germany-full-swing/>

Übersetzt durch Andreas Demmig

(RELATED: German Farmers Kick Off Massive Protests Against Policy That Could Threaten Their Livelihoods)

(Zum Thema: Deutsche Landwirte starten massive Proteste gegen eine Politik, die ihre Lebensgrundlage gefährden könnte)

... Laut AP unterstützt die Alternative für Deutschland (AfD), eine konservative populistische Oppositionspartei, deren Popularität angesichts der schwierigen deutschen Wirtschaft stark zugenommen hat, die Proteste. Unterdessen warnt die Regierung davor, dass die Protestbewegung der Bauern von rechtsextremen Elementen vereinnahmt und unterwandert werden könnte.

„Aufrufe mit Revolutionsphantasien kursieren, extremistische Gruppen formieren sich und nationalistische Symbole werden offen zur Schau gestellt. „Es wird deutlich, dass in den letzten Jahren etwas ins Wanken geraten ist, nämlich die Entgrenzung des legitimen demokratischen Protests und der Meinungsfreiheit, sodass selbst das zuvor Unaussprechliche legitimiert erscheint“, sagte Umwelt- und Energieminister Robert Habeck in einem Sonntags – Nachrichtvideo . „Es ist ein Kennzeichen der liberalen Demokratie, dass sie auch ihren Gegnern Raum lässt. Aber unser Grundgesetz setzt Verfassungsfeinden Grenzen. Wer die Demokratie untergraben will, muss sich vor dem Rechtsstaat zur Rechenschaft ziehen.“ ...

Zu den aktuellen Protesten

Einwilligung zum Videodienst JW-Player

Das Ministerium präsentiert seine Arbeit auf dieser Webseite auch in Form von Videos. Diese werden vom Anbieter TV1 mit Hilfe des JW-Players ausgeliefert. Bitte willigen Sie in die Übertragung Ihrer IP-Adresse und anderer technischer Daten an den JW-Player ein, wenn Sie unser Video-Angebot nutzen wollen. Auch hierzu bieten wir Ihnen eine Einwilligungsverwaltung am Ende der Seite an. Hier können Sie steuern, ob der Videodienst JW-Player zur Übertragung freigegeben wird oder nicht.

EINWILLIGEN

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2024-some/240107-bmwk-bm-demokratie/video.html>